

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/152

13. August 1975

Geschwindigkeitsbeschränkungen in Europa

Kommt es zu einer einheitlichen EG-Regelung?

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes im Bundestag und
Mitglied des Ausschusses für Regionalpolitik und Ver-
kehr im Europäischen Parlament

Seite 1 und 2 / 48 Zeilen

Ein Schritt zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung

Reform des Seerechts eine existentielle Notwendigkeit

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaft-
liche Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 73 Zeilen

Medienpolitik nach Hammerwerfer-Art

Zur konzertierten Droh-Aktion der CDU/CSU

Von Hermann P. Reiser MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe "Presse und Medien" der
SPD-Fraktion

Seite 5 und 6 / 50 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 86 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Geschwindigkeitsbeschränkungen in Europa

Kommt es zu einer einheitlichen EG-Regelung?

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des SPD-Fraktionenvorstandes im Bundestag und

Mitglied des Ausschusses für Regionalpolitik

und Verkehr im Europäischen Parlament

Das Europäische Parlament hat sich für Untersuchungen über eine einheitliche Regelung der Geschwindigkeitsbegrenzung in den neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft ausgesprochen. Fast alle europäischen Staaten, ausgenommen u. a. die Bundesrepublik, haben auf Landstraßen und Bundesautobahnen ein Tempolimit festgesetzt. Dieses ist unterschiedlich. Im EG-Europa sollte überprüft werden, ob man zu einer Vereinheitlichung kommt.

Wer in diesem Sommer durch die verschiedenen Staaten fahren will, der muß sich eine Tabelle mitnehmen, damit er, von einem Staat in den anderen fahrend, überhaupt weiß, welche Richtlinien und Vorschriften dort gelten. Für Personenkraftverkehr auf Autobahnen in Frankreich ist zur Zeit eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 130 km vorgeschrieben; in Belgien, Luxemburg und Italien darf man 120 km in der Stunde fahren; im Vereinigten Königreich gilt eine Begrenzung auf 112 Stundenkilometer; in Dänemark sind es 110 km und in den Niederlanden gar nur 100 km. Es ist in allen Staaten anders; es gibt keine einheitliche Regelung.

Im Europäischen Parlament wurde auch die Frage aufgeworfen, ob es Unterlagen gibt, die Geschwindigkeitsbegrenzungen rechtfertigen. Aus einer Stellungnahme der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist z. B. ersichtlich, daß im Jahre 1970 die Anzahl der je 100 Millionen Fahrzeugkilometer Getöteten in den Vereinigten Staaten bei 1,7 lag, und die Vereinigten Staaten haben einen Tempostop. In der Bundesrepublik

Deutschland lag die Zahl bei gleicher Berechnung ohne Tempostop bei 2,7. Dies alles gibt selbstverständlich noch keine klare Aussage über die tatsächlichen Verhältnisse.

Bei den Untersuchungen müssen weitere Überlegungen berücksichtigt werden. Zum Beispiel muß die Auswirkung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf die Zahl und auf die Schwere der Unfälle bezogen werden. Man muß die ganze Entwicklung in der Automobilindustrie mit verarbeiten. Man muß die Planung der Straßen-Infrastruktur in unseren Mitglieds-Ländern sehen. Man muß auch die Argumentationen über die Verringerung des Kraftstoffverbrauchs miteinbeziehen.

Schließlich spielt der Ablauf und die Flüssigkeit des Verkehrs eine Rolle, und man darf die Verteilung der Verkehrsnachfrage auf verschiedene Verkehrsträger nicht übersehen. Soweit bisher Zahlen vorhanden sind, gibt es immerhin die interessante Feststellung zu treffen, daß sich auf Autobahnen, z. B. in Belgien, die Zahl der Unfälle vom Januar bis Mai 1974 um 20 vH verringerte. Nach Einführung von Temporegelungen in der Bundesrepublik Deutschland während eines kurzen Zeitraums, in dem wegen der Energiekrise die Geschwindigkeit auf 100 Stundenkilometer begrenzt war, war sogar ein Rückgang der Unfälle um 60 vH zu verzeichnen. Ähnliche Zahlen liegen aus Italien mit 25 vH, den Niederlanden mit 30 vH und aus England mit 34 vH vor.

Dies alles läßt hoffen, daß für die Ausarbeitungen, die zu machen sind, nunmehr auch konkrete Unterlagen zur Verfügung stehen können, die es dann ermöglichen, dem Rat in Zusammenarbeit mit der EG-Kommission einige konkrete Vorschläge über die Art und Weise, wie man dieses Problem angeht, zu unterbreiten.

+ + +

Ein Schritt zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung

Reform des Seerechts eine existenziell Notwendigkeit

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses

für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Ist die Freiheit der Meere in Gefahr? Den Stellungnahmen einiger Industriestaaten nach zu urteilen, die in Genf an der zweiten Runde der UN-Seerechtskonferenz teilnahmen, schickte sich dort eine Zweidrittel-Mehrheit der versammelten Staaten - man hört immer häufiger den besorgten Unterton: wieder einmal - an, heilige Grundsätze unserer Weltordnung auf den Kopf zu stellen. Ausdehnung der Küstenmeere, Verteilung von Wirtschaftszonen, Errichtung einer Meeresbodenbehörde, Monopolisierung des Meeresbergbaus, Beschränkung der Meeresforschung sind Reizworte, die als Anschlag auf liberale Weltwirtschaftsordnung schlechthin erscheinen müssen.

In Wirklichkeit läuft das Revisionsverfahren eines historischen Prozesses ab, der zu Beginn des 17. Jahrhunderts ausschließlich zwischen Europäern für Europäer geführt worden ist und dementsprechend keine Rücksicht auf die Entwicklungsländer genommen hat. So sehr der Grundsatz von der Freiheit der Meere die Vorbedingung für Weltverkehr und Weltwirtschaft gewesen ist, so sehr die schiffahrts- und handels-treibenden Nationen von einem für alle verbindlichen liberalen Meeresrecht profitiert haben, so wenig läßt sich leugnen, daß heute die Geschäftsgrundlagen für die bahnbrechenden Ideen eines Hugo Grotius aus der Sicht der Entwicklungsländer weitgehend entfallen sind.

Heute muß erneut ein "natürliches Völkerrecht" konzipiert werden, das den Entwicklungsländern eine faire Chance einräumt, um den Vorsprung, den die Industriestaaten bei der Ausbeutung der natürlichen Reichtümer dieser Erde gewonnen haben, allmählich aufholen zu können. So wie Grotius 1608/9 sein *Mere Liberum* als politische Kampfansage des kleinen Holland gegenüber den damaligen Supermächten Spanien und Portugal verstanden hatte, so ist heute umgekehrt das Interesse der Schwachen darauf gerichtet, den freien Zugriff auf die Schätze des Meeres so zu reglementieren, daß die faktischen Vorteile der Industriestaaten nicht auf Kosten der Entwicklungsländer ausgenutzt werden können. War vor über 350 Jahren die Parole von der Freiheit der Meere die richtige Maxime, um die Lebensrechte aller damals agierenden politischen Kräfte zu sichern, so erweist sich heute die Beschränkung eben dieser Freiheit als notwendige Maßnahme, die den Völkern eine Überlebenschance in einer enger gewordenen Welt sichert.

Vor diesem Hintergrund kam der UN-Seerichtskonferenz eine Bedeutung zu, die nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Anders als auf den übrigen internationalen Großkonferenzen ging es in Genf um die Vorbereitung rechtlich verbindlicher Beschlüsse, die nicht nur ein neues Meeresvölkerrecht, sondern den Grundstein für eine von allen akzeptierte Weltwirtschaftsordnung schaffen können. Das Meeresvölkerrecht ist so erneut zum Hebel einer weltweiten politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzung um eine vernünftige und auf Dauer tragfähige Ordnung geworden. Erstmals läßt auch der Druck der auf dieser Konferenz zur Entscheidung anstehenden Probleme keine erfolgversprechende Hinhaltenaktik zu. Wenn sich die Staatenwelt nicht bald auf ein neues internationales Abkommen verständigt, dann droht die Welt durch einseitige Maßnahmen einzelner Staaten, man denke nur an Fischereikriege in einseitig ausgedehnten Küstenmeeren oder an die Ausbeutung von Ölfeldern auf dem Meeresboden, in einen Zustand von Anarchie zu geraten: mit allen sich daraus für das friedliche Zusammenleben der Völker ergebenden Gefahren.

Für jeden nationalen Realpolitiker ist die Erkenntnis schmerzlich, daß wohlerworbene Rechte im Verlauf solcher Konferenzen plötzlich in Frage gestellt werden. Was wiegt aber zum Beispiel die Wahrung des deutschen Zugangs zu traditionellen Fischfanggründen im Verhältnis zu einer gerechten Beteiligung der Entwicklungsländer an den Meeresbodenschätzen, wenn dadurch der internationale Frieden sicherer gemacht wird? Bei allem Verständnis für das eigene Engagement im Kampf um nationale Interessen, es wäre verhängnisvoll, wenn durch Uneinsichtigkeit ein für alle tragbarer Kompromiß scheitern würde.

Der Öffentlichkeit den Blick für diese Zusammenhänge zu schärfen, ist die vorrangige Aufgabe der Entwicklungspolitik. Ich halte es deshalb für kein nationales Unglück, sondern für eine existentielle Notwendigkeit, daß sich die Bundesregierung im Interesse einer weltweiten Zusammenarbeit aktiv für die von den Entwicklungsländern geforderte Schaffung einer internationalen Meeresbodenbehörde einsetzt. Durch eine vernünftige Verteilung der Schürfrechte für den Meeresbodenbergbau muß dafür gesorgt werden, daß die Entwicklungsländer echte Einfluß- und Verwertungsmöglichkeiten erhalten. Ein solches System wäre, auch wenn es erst in zehn oder fünfzehn Jahren realisiert wird, ein bedeutender Schritt zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung.
(-/13.8.1975/bgy/e)

+ + +

Medienpolitik nach Hammerwerfer-Art

Zur konzertierten Droh-Aktion der CDU/CSU

Von Hermann P. Reiser MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe "Presse und Medien" der SPD-Fraktion

Kontakte die SPD mit den gleichen Methoden, wäre die Politacht auf dem Rücken von Programm-Mitarbeitern und Publikum perfekt. Medienpolitik der Opposition nach Hammerwerfer-Art: Überall kreisen lassen und jeden ducken. Die Sozialdemokraten können natürlich nicht die Rundfunkfreiheit in eine ausweglose Ecke manövrieren lassen, und die Zeit drängt.

Die konzertierte Droh-Aktion der CDU/CSU rollt. Auf mehreren Schienen.

Gleis 1/ Im Schichtdienst arbeitende Abhör- und Observationstruppe in den Partei-Hauptquartieren in Bonn und München. Big-brother-Kommandos. Orwell schon 1975. Die Stabsbarren schreiben freundlichkollegiale "schwarze Briefe" an Programm-Macher, die "unangenehm" aufgefallen sind.

Gleis 2/ Zangenangriff und Pressionspapiere aus dem Goppel- und Filbinger-Land. Nörgelei an der "Tagesschau" wegen des Standorts und eines "Nord-Süd-Gefälles". Schleswig-Holstein oder Niedersachsen könnten sich genauso beklagen. Die rheinische Hauptstadt liegt nun einmal in Nordrhein-Westfalen und Hamburg ist ein Welthafen. Jeder ARD-Sender hat mindestens einen Mitarbeiter nur für die Tagesschauarbeit abgestellt und täglich gibt es eine Schaltkonferenz. Es wird nichts anderes übrig bleiben: Die "Tagesschau" muß nach Schwabing und die Bundesregierung hinter den "Stachus". Und bei "Panorama" und "Monitor" wird "sich" ausgeschaltet. Dafür wird an der Isar und im Ländle ZDF-Löwenthal in einer speziellen ARD-Fassung wiederholt. Und ein Extra-Länderspiegel für die ARD muß auch noch her. Weil es da ja keine Regionalprogramme gibt, deren interessanteste Beiträge jeden Sonntag bundesweit 75 Minuten in einem "Magazin der Woche" laufen. Was für ein Sorgenstoff für die Jubiläumssendung der ARD! Was aber geschah? Hofbericht in eigener Sache, Ausgewogenheit bis zur Selbstaufgabe. Es fängt schon an zu wirken.

Gleis 3/ Abgestimmte Fragestunde-Auftritte der vereinigten CDU/CSU-

Fraktion im Bundestag. Windelans Rotfunk-Ressort gegen die "Terrorkomplizen" des WDR. Gegen den Kabelfernsehversuch von Kassel in tiefer Sorge um das Kommerz-Geschäft.

Gleis 4/ Gezielte Befehlsausgabe an "unsere Leute" in den Aufsichtsgremien der Anstalten. Personalblockaden, Programm-Affären, Ausgewogenheitsfanatismus. Unabhängige Liberale runter von der Kommentatoren-Liste. Der Heigert muß wegl Schon passiert. Dank Mühlfenzl.

Gleis 5/ Sammlung und Aktivierung einer rabenschwarzen Kanalarbeiterfraktion in den Funkhäusern und TV-Studios. Schwer zu finden und zu organisieren. Mit Versprechungen - im Dutzend billiger. Schließlich die Assistenz im Blätterwald. So ein Herr Steinbach in der Frankfurter "Nachtausgabe" in Anspielung auf einen SPD-Median-Entwurf schlichthin: "Das Publikum pfeift auf spezifische Mitbestimmungsrechte der Programm-Mitarbeiter, es will spezifische Kunst und Unterhaltung". So hätten sie es wohl gern. Überall politisierte, kritische beobachtende Bürger, nur in den öffentlich-rechtlichen Anstalten naive, unkomplizierte Gemüter.

Dazu bleibt festzuhalten: Man muß nur einfach wissen, wie so etwas funktioniert, denn dann funktioniert nicht mehr so einfach.

Zusammengehen, zusammenhalten, Koordination zwischen den kritisch Engagierten in den Funk- und Fernsehredaktionen und den liberal Engagierten in den Parteien und Gewerkschaften! Das Pendel wird schon zu-rückschlagen. (-/13.8.1975/ach/va/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Ehard Eckert